

Als ob Casinos Austria ausgeschrieben hätte

Spielbank-Lizenzen nur in zwei Sechser-Paketen – Zweifel an Europa- und Rechtskonformität

Die Ausschreibung für die Lizenzen für zwölf Spielbanken wird als zu sehr auf den Quasimonopolisten ausgerichtet kritisiert. Nun werden Europa- und Verfassungskonformität geprüft.

Matthäus Kattinger, Wien

Waren die Lizenzen für sechs Spielbanken in Landeshauptstädten schon im August im Paket ausgeschrieben worden, folgt knapp vor Weihnachten der Sechserpack für Standorte auf dem Lande. Läuft die Ausschreibungsfrist für das Städtepaket schon am 13. Januar ab, ist für das Länderpaket Zeit bis Mitte Mai 2012. Alle zwölf Lizenzen werden von Casinos Austria gehalten; jene für das Städtepaket laufen Ende 2012 aus, die im Länderpaket Ende 2015. Dagegen sollen Lizenzen für drei zusätzliche Casinos (zwei in Wien, eines in Niederösterreich) sowie einen Pokersalon getrennt vergeben werden. Die Kritik über die Form der Ausschreibung ist heftig; die Optik ist jedenfalls so, als ob unter dem Deckmantel objektiver Ausschreibungen dem durch massive Verluste im Ausland unter Druck stehenden Quasimonopolisten die Standorte im Inland wieder zugeschanzt werden sollen.

Die bisherige Praxis der Lizenzvergabe im Glücksspiel gibt den Kritikern recht. So war das Verfahren für die Lotterie-Lizenz ein Musterbeispiel für eine auf den gewünschten Konzessionär, die zu Casinos Austria gehörende Lotterien GmbH, zugeschnittene Ausschreibung. So wurde ein Mindestkapital von 109 Mio. € verlangt, jenes der Lotterien GmbH beträgt 110 Mio. €. Für Verfassungsjurist Bernhard Raschauer verletzt das ungewöhnlich hohe Kapitalerfordernis die Niederlassungsfreiheit und stellt eine unverhältnismässige Beeinträchtigung für Bewerber aus anderen EU-Staaten dar. Laut Raschauer wird dies vor dem EuGH sicher nicht «halten». Von den unterlegenen Bewerbern hat Lottelo die Lizenzvergabe beim Verfassungsgericht angefochten. Im Vorfeld hatte Österreich die Glücksspielgesetze mehrmals ändern müssen,

Spielbanken in Österreich

	Besucher 2010 (in 1000)	Erträge (Mio. €)	Ertrag je Besucher (€)
Städtepaket	1600	117,8	73,6
Bregenz	312	34,9	111,9
Innsbruck	232	19,1	82,3
Wien	396	32,6	82,3
Salzburg	182	9,9	54,4
Graz	196	9,2	46,9
Linz	282	12,1	42,9
Länderpaket	760	44,3	58,3
Seefeld	124	10,7	86,3
Kitzbühel	56	4,3	76,8
Velten	230	15,6	67,8
Baden bei Wien	280	12,4	44,3
Kleinwalsertal	49	1,1	22,4
Bad Gastein	21	0,2	9,5
Summe aller 12 Casinos	2360	182,1	68,7

QUELLE: GESCHAFTSBERICHT CASINOS AUSTRIA 2010, EIG. BERECHNUNGEN

weil diese aus EU-Sicht zu Rot-Weiss-Rot-lastig waren.

Die Bevorzugung des Platzhirschs Casinos Austria hat einen eigenartigen, in der Eigentümerstruktur liegenden Nebengeschmack. Stünde dieser mehrheitlich im öffentlichen Eigentum, könnte man – so problematisch das auch ist – mit Interessen des Steuerzahlers argumentieren. So aber sind die Grossaktionäre Raiifeisen, Vienna Insurance, die Kirchenbank Schellhammer & Schattera und die Münze Österreich. Dazu kommt der ORF (via Lotterien). Nicht zu vergessen ist die ertragsmässige Schiefelage der Casinos Austria. Wie CEO Karl Stoss jüngst einräumte, wimmelt es im Auslandsgeschäft von Problemen. 2010 fiel ein Verlust von 35,2 Mio. € an, der den noch 2009 ausgewiesenen Konzerngewinn von 56 Mio. € (2009) auf 3,7 Mio. € schrumpfen liess. Im ersten Halbjahr 2011 kam es noch schlimmer – der Verlust im Ausland stieg auf 30,7 Mio. €. Angesichts dessen sind Lizenzen im Inland überlebenswichtig.

Das erklärt die offensichtliche Begünstigung des Quasimonopolisten, rechtfertigt sie aber nicht. Darum werden Lizenzen offensichtlich nicht einzeln versteigert, sondern trotz extrem unterschiedlicher Attraktivität der Standorte (siehe Tabelle) gegen eine für alle gleich hohe Konzessionsabgabe vergeben. Wozu die an den Einnahmen

hängende Spielbankenabgabe kommt, die erst jüngst von 48% auf 30% gesenkt wurde. Bei Auktionen könnte man wohl auch nicht im Sinne des Platzhirschs im Sechserpack ausschreiben, um damit die meist nur an einzelnen Standorten interessierte Konkurrenz – von der deutschen Gauselmann-Gruppe über Ex-Magna-Grossaktionär Frank Stronach und den Novomatic-Konzern bis zu Swiss Casinos – auszuschalten.

Mit dem Sechserpack wurde jedenfalls den Casinos Austria ein gefährlicher Kontrahent um Bregenz, den ertragreichsten Kasinostandort, vom Hals geschafft. Auf Anfrage bestätigt Martin Vogel, dass sich Swiss Casinos von der Ausschreibung in Österreich distanzieren, weil es nicht möglich sei, ausschliesslich für den Standort Bregenz mitzubieten. Die Ausschreibung im Sechserpaket habe diese Absichten zunichtegemacht. Nicht kampfflos das Feld räumen will die Novomatic-Gruppe. Hatte CEO Franz Wohlfahrt noch im September (NZZ 19. 9. 11) gute Miene zum bösen Spiel gemacht, so will man jetzt die Europa- und Verfassungskonformität der Paketausschreibung überprüfen lassen. Doch gibt es in den streng geheimen Ausschreibungsbedingungen eine «Gummiparagraf»-Sicherung, nämlich die Kenntnis des österreichischen Marktes. Restriktiv ausgelegt, hat die Kenntnis nur, wer auf dem Markt auch tätig ist. Anfragen zur Lizenzvergabe werden im Ministerium nicht beantwortet.

So ist auch keine Interpretation zu erhalten, ob mit dem Verzicht auf Versteigerungen der Staat nicht auf Einnahmen verzichtet. Der Wettbewerbs-Experte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Michael Böheim, meint auf Anfrage, dass sich die öffentliche Hand aus der «Herstellung» und dem «Vertrieb» von «public bads», wie Alkohol- und Tabakkonsum, wie auch dem Glücksspiel zurückziehen sollte. Wenn nur noch private Unternehmen Glücksspiele anbieten, sollten Lizenzen in Auktionen versteigert werden. Damit könnte die Produzentenrente der Glücksspielunternehmen optimal abgeschöpft werden. Das aber scheint offensichtlich nicht der vorrangige Zweck des Verfahrens zu sein.